

Die „Vorkriegs“-Preise... Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Großvertrieb...

Die achtspaltige Sonntagsausgabe... Die achtspaltige Sonntagsausgabe aber deren Raum kostet 5.- M. einschließlich...

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Volksabstimmung in Oberschlesien

Eine Note der Alliierten

Die englische Regierung hat der deutschen Botschaft in London eine von Lord George unterzeichnete Note übermittelt, in der der deutschen Regierung neue Vorschläge über die Abwicklung der Volksabstimmung in Oberschlesien unterbreitet werden.

Die Note beschäftigt sich mit der Abstimmung der nicht in Oberschlesien wohnenden, aber durch die Festimmung des Artikels 88 des Versailler Vertrages zur Abstimmung berechtigten Personen, das heißt, diejenigen Personen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind oder dort ihren Wohnsitz zur Zeit vor dem 1. Januar 1919 haben.

Die drei Regierungen befürchten Ruhestörungen, die die freie Ausübung des Stimmrechts beeinträchtigen könnten. Sie machen deshalb den Vorschlag, die wirkliche Stimmenabgabe der Nichtingesessenen an irgend einem Orte außerhalb des Abstimmungsgebietes stattfinden zu lassen.

Alle nicht in Oberschlesien ansässigen, aber durch ihren Geburtsort zur Teilnahme an der Volksabstimmung berechtigten Personen können in dem gegenwärtig von alliierten Truppen besetzten Gebiet an einem Orte, wie z. B. Köln, oder an mehreren Orten versammelt werden, um dort ihr Stimmrecht unter Aufsicht einer Unterkommission der oberösterreichischen Abstimmungskommission auszuüben, die von den alliierten Regierungen zu diesem Zweck ernannt werden würde.

Die alliierten Regierungen begründen die Wahl eines Plazes im besetzten Gebiet als Abstimmungsbezirk für die Nichtingesessenen damit, daß dort eine hinreichende militärische Macht vorhanden sei, und daß die Mehrzahl der nichtingesessenen Stimmberechtigten in Deutschland wohnen.

Diese durch die Presse bereits angekündigte Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Volksabstimmung in Oberschlesien folgen zwar nicht den Absichten des französischen Ministerpräsidenten Lengues, der davon sprach, daß man eventuell die außerhalb wohnenden Stimmberechtigten überhaupt nicht abstimmen lassen werde.

Neue Steuerfabotage

Zwangsanleihe statt Vermögensabgabe?

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der elende Zustand unserer Finanzen nicht nur eine Folge des Krieges an sich ist, sondern auch der geradezu verbrecherischen Steuerpolitik, die während des Krieges hauptsächlich von Helfferich betrieben worden ist.

Nach dem Zusammenbruch ging diese Politik weiter. Die Forderung unserer Genossen in der Revolutionsregierung, sofort, ohne erst auf den Zusammentritt der Nationalversammlung zu warten, ausgiebige Besteuerungen zu okkupieren, scheiterte sowohl an dem Widerstreben der Rechtssozialisten, als namentlich auch an der Opposition des demokratischen Finanzministers Schiffer, Schiffer und sein Nachfolger Dernburg taten überhaupt nichts zur Sanierung der Finanzen.

Nun endlich hat sich die Regierung entschlossen, wenigstens einen Teil der Besteuerungen einzuziehen. Sie will die zwei ersten Raten des Reichsnotopfers sofort erheben. Ueber die dringende Notwendigkeit dieses Schrittes kann kein Zweifel bestehen.

Herr Havenstein gilt merkwürdigerweise in der Öffentlichkeit noch immer als Autorität, obwohl er einen großen Teil der Schuld und der Verantwortung für die Finanzruhr trägt. Denn er hat widerstandslos die ganze Anleihebewirtschaftung während des Krieges mitgemacht, alle Millionen genährt und sich nach jeder Kriegsanleihe in allen Tönen ob des Erfolges freuen lassen.

Die Kapitalvertreter sind entzückt. Denn die Zwangsanleihe würde zunächst eine neue Hinausschiebung der Abgabe bedeuten. Sie würde weiter bedeuten, daß die Summen, die die Kapitalisten dem Staate zur Verfügung stellen, verzinst werden und die Kapitalisten eventuell durch Verkauf dieser Schuldscheine, wenn auch unter sinkenden Kursen, einen Teil ihrer Gelder unter Umständen wiedererhalten.

Herr Havenstein schätzt den Betrag, der durch Zwangsanleihe angeblich aufzubringen ist, auf etwa 20 Milliarden, während die Einziehung des Notopfers zunächst kaum die Hälfte bringen würde. Nun ist klar, daß wenn tatsächlich eine Zwangsanleihe von solcher Höhe eingezogen würde, nicht gleichzeitig die Besteuerungen in der bisherigen Höhe erhoben werden könnten.

Aber ganz abgesehen von dieser geplanten Entlastung der Besteuerten ist die Idee der Zwangsanleihe unter den gegenwärtigen Umständen ein gefährliches Urding. Angenommen, sie würde durchgeführt, so bedeutete sie zunächst eine völlige Ueberfüllung des Anleihemarktes. Die Zwangsanleiheküde würden mit den alten Anleihen konkurrieren. Die Folge wäre ein Kurssturz, von dem nicht nur die privaten Anleihebesitzer, sondern vor allem auch Sparfüßen, Genossenschaften, auch Banken getroffen würden.

Gemeindewahlen in Ostpreußen

50 NSDAP-Berliner gewählt

Im Abstimmungsgebiet Marienwerder fanden am 28. November die ersten Gemeindewahlen unter gleichem Wahlrecht statt. Unsere Partei besitzt nur im Restteil des Kreises Marienburg und im Kreise Sühm Organisationen. Im Kreise Koltenberg sind wir gar nicht und im Kreise Marienwerder nicht nennenswert vertreten.

Rechtssozialisten erben für ein bürgerliches Blatt
In Marienwerder ist die rechtssozialistische Volkszeitung für die Ostpreußen-Grenzlande mit dem Ende des Monats November eingegangen.

„Das ist die letzte Nummer der „Volkszeitung“.“

Bestellt sofort die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen — Reichsland-Zeitung“ mit der Beilage „Der Kopf- und Handarbeiter“. Das ist das Blatt, das jetzt Eure Interessen vertritt.

In Königsberg, Tilsit und Danzig haben die Rechtssozialisten eigene Tageszeitungen. Doch sie trauen für diese für ein bürgerliches Blatt werden, ist in der Geschichte der Sozialdemokratie wohl noch nicht vorgekommen.

Ungarische Regierungskrise

Budapest, 2. Dezember.

Nach der dritten Lesung des Gesetzentwurfes über die Geldinstitutszentrale hat der Ministerpräsident Teleki der Nationalversammlung den Rücktritt des Kabinetts mitgeteilt. Das Kabinett tritt zurück, weil es sich mit dem Finanzminister, gegen den die Nationalversammlung gestern bei Beratung des Gesetzentwurfes über die Geldinstitutszentrale gestimmt hatte, solidarisch erklärt.

Die Aktion gegen die Sozialisierung. Wie die „Dona“ erzählt, hat die verstarbte Kommission für die Sozialisierungsjahre ihre Beratungen in Eisen wieder aufgenommen.

Der Vergleich mit den Hohenzollern. Der Rechtsausschuß der Landessammlung nahm mit den Stimmen des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten einen Antrag an, die Regierung zu erlauben, in eine erneute Prüfung des Vergleichs mit den Hohenzollern und seiner Unterlagen einzutreten, bei der die Ergebnisse der Verhandlungen des Rechtsausschusses berücksichtigt werden, unbeschadet der Wahrung des Grundgesetzes des Art. 183 der Verfassung, wonach das Eigentum gewährt ist und eine Enteignung nur auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt, vorgenommen werden kann.

gabe beschafft, die Inflation also in diesem Umfang gesteigert werden.

Weiter. Die alten Anleihen können bei den Darlehnsbanken verpfändet werden. Diese geben dafür ihre Kassenscheine aus, die ebenso gelten wie die Banknoten. Von der Verpfändung würde in weitem Umfange Gebrauch gemacht werden und damit der Notenumlauf, also die Inflation, wieder vermehrt werden. Während also durch die Steuererhebung tatsächlich die Ausgabe von Notizen eingeschränkt wird, ist diese Gewißheit bei einer Zwangsanleihe nicht im geringsten gegeben.

Es ist ganz falsch, die Zwangsanleihe mit einer freiwilligen Anleihe zu vergleichen. Die freiwilligen Anleihen kauft derjenige, der über Geldmittel verfügt, die er auf längere Zeit einstragend anlegen will. Von einer Zwangsanleihe werden sich die Kapitalisten möglichst zu befreien trachten, und wenn sie die Zwangsanleihe selbst nicht verpfänden können, werden sie dafür die alten Anleihen verpfänden. Volkswirtschaftlich bedeutet also die Zwangsanleihe ein ganz unsicheres Experiment, sie bringt die Gefahr einer akuten Krise auf dem Anleihemarkte mit sich und bietet keine Sicherheit dafür, daß die Inflation durch sie vermindert wird. Sie bedeutet weiter, daß der Staat mit der Verzinsung von 20 Milliarden dauernd belastet wird. Für den Privatkapitalisten ist das natürlich ein Vorteil. Zudem eröffnet sich kapitalkräftigen Kreisen, die diese Zwangsanleihe zu sinkenden Kursen aufnehmen, die Aussicht, daß, falls die Gesundung der Staatsfinanzen in irgend einer Zeit einmal erfolgen sollte, diese Anleihe im Werte steigt.

So stellt sich dem Kapitalisten die Zwangsanleihe immerhin als eine Art teilweiser Steuerbefreiung gegenüber der Erhebung der Vermögensabgabe dar. Daher die Freude von Helfferich und Dernburg, daher die Begierde, mit der die bürgerlichen Parteien nach dem Wane dieser Zwangsanleihe, den ihnen Herr Habenstein zu sehr ungeliebener Zeit entwickelte, gegriffen haben.

Dabei ist es für die Eignung der angeblichen „Fachmänner“ in der Regierung außerordentlich charakteristisch, wie hilflos sie dem Projekt Habensteins gegenüberstehen. Statt energisch auf der Einziehung der Vermögensabgabe zu bestehen, möchte sowohl der Finanz- als der Wirtschaftsminister die Entscheidung den Parteien überlassen. Sie scheinen zu denken, Schokolade ist gut, Knoblauch ist gut, warum also nicht Vermögensabgabe und Zwangsanleihe? Daß die Zwangsanleihe die Vermögensabgabe unmöglich macht und die Besitztümer überhaupt sabotiert, scheint den „Fachmännern“ nicht aufzukommen.

Die Zwangsanleihe ist also in der gegenwärtigen Situation gänzlich ungeeignet für die Sanierung der Finanzen. Nur die völlige Annullierung Habensteins läßt es begreiflich erscheinen, daß er sich zu dem Vertreter einer solchen Absurdität macht. Von den bürgerlichen Parteien ist es aber eine grenzenlose Frivolität, die notwendige Erhebung der Besitztümer noch länger zu sabotieren. Sie spielen ein gefährliches Spiel. Nichts hat in der Arbeiterklasse stärkere Regungen verursacht, als die Tatsache, daß die Arbeitseinkommen in harter Weise direkt besteuert werden, während die Besitztümer zum allergrößten Teile auf dem Papiere stehen geblieben sind. Die besitzenden Klassen und ihre Parteien scheinen das Spiel mit dem Feuer fortsetzen zu wollen. Sie sollen sich dann aber auch nicht wundern, wenn die Folgen einer solchen selbstlosen Portemonnaie-Politik über sie hereinbrechen.

Ein schmieriger Verleumder

Die Lehre von Halle wäre unvollständig, wenn das westeuropäische Proletariat nicht erfahren würde, wie Sinowjew, dessen unheimliche Rolle in Halle noch in aller Erinnerung ist, den russischen Arbeitern über seine Reise nach Deutschland zu berichten mag. Er hat unter dem Titel „Zwölf Tage in Deutschland“ eine ziemlich umfangreiche Broschüre in Petersburg herausgegeben, die den revolutionären Sozialisten aller Länder die Möglichkeit gibt, den moralischen Tiefstand jenes Mannes kennen zu lernen, der, an der Spitze der dritten Internationale stehend, den russischen Bolschewismus und den Kommunismus vor aller Welt kompromittiert.

Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der markantesten Stellen aus der erwähnten Broschüre. Sinowjew schreibt: „Wenn wir die Hauptfiguren des rechten Flügels der U. S. P. D. kennen lernen, so erlangen wir den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Lage.“ Es folgt danach auf über 20 Seiten eine Charakteristik der führenden Genossen unserer Partei, der wir folgendes entnehmen:

Hilferding: „Das Kenner eines respektablen Börsenmatters oder Bankiers. Der Mann beachtet die Vertreter der englischen diplomatischen Mission in Berlin, sowie die modernen politischen Salons hochstehender Damen und der Finanzwelt. In Massenveranstaltungen der Arbeiter erscheint er nie! Kurz selten tritt er in den Versammlungen der Parteifunktionäre und auf Parteitagungen auf. ... Kautsky bleibt immer noch in seiner Art ein ehrlicher Opportunist; aber bei seinem würdigen Schüler Hilferding findet man neben einer gelehrten Bedanterie hart ausgeprägte Züge eines betrügerischen Börsenmatters. Wenn Kautsky die proletarische Revolution bekämpft, so sucht er seine Anregungen hauptsächlich in den Büchern. Hilferding jedoch versteht es, diese Anregungen auch aus dem Vorzimmer eines englischen Diplomaten, aus dem Kabinett eines Bankdirektors und, wenn nötig, ... auch aus noch anrüchlicheren Stellen zu holen.“ (S. 13-14.)

Dihmann: „Die rechten Führer der deutschen Gewerkschaften bilden jetzt die Hauptstütze der bürgerlichen Gegenrevolution. ... Die markanteste Gestalt unter diesen Reaktionsären ist unzweifelhaft Dihmann. ... Wenn die Bourgeoisie und die Scheidemannier für die Arbeiterklasse einen neuen Heiler brauchen sollten und den Beschluß fassen, Koste durch einen Mann mit anders lautendem Namen zu erleben, so kann man mit Bestimmtheit behaupten, daß sie Dihmann zum ersten Kandidaten wählen. Und mit derselben Bestimmtheit kann man voraussetzen, daß Dihmann sich bemühen wird, die Hoffnungen der Kapitalisten zu rechtfertigen; er wird ein treuer Diener der Bourgeoisie sein und ein nicht minder rasender wüthender Kettenhund der bürgerlichen Gesellschaft wie Koste selbst.“ (S. 18-19.)

Wenn Dihmann noch keine Arbeiter niedergeschossen hat, so nur deshalb, weil er bisher keine Gelegenheit dazu hatte. Aber Dihmann spürt schon den Geruch des Arbeiterblutes, er freut sich schon im voraus auf den Augenblick, wo er Minister wird und die Möglichkeit erlangt, mit der kommunistischen Kanaille abzurechnen.“ (S. 24.)

Dittmann: „Ein typischer Vertreter der verhältnismäßig wenig zahlreichen, aber schädlichsten konterrevolutionären Kräfte, die man Arbeiter-Krisistrotze nennt. Karl Marx hat seinerzeit einige Vertreter der englischen Arbeiter-Aristokratie arg verspottet, die viel höheres Gewicht darauf legten, an einem Frühstück beim Lord-Minor teilzunehmen, als das Vertrauen der eigenen Klasse zu besitzen. Gerade eine solche Gestalt ist Dittmann. Er bemüht

sich in allem, nicht minder „respektabel“ zu erscheinen, wie die Vertreter der „besseren“ Gesellschaft. Er besitzt dieselben „guten Manieren“ wie jedes andere Mitglied des Präsidiums des deutschen Reichstags. Er versteht sich auch genau so wie jeder „echte“ Parlamentarier aus bürgerlichen Kreisen zu kleiden und als Parvenu lebt er seinen Stolz darin, Kenner des guten Tons und Geschmack zu sein. ... Dieser kleinliche und sehr ungläubere Philister hat bei Verleumdern und Spionanten vom Schlage Martows ein aus den Fingern gegogenes Material gesammelt, es behauptet nach Deutschland gebracht, um dort mit jener Bösartigkeit, die kleinen Menschen eigen ist, eine Stinkbombe gegen Sowjet-Rußland zu schleudern. Natürlich wurde er von diesem Augenblick an der Abgott der gesamten gegenrevolutionären Kanaille in Deutschland.“ (S. 20-21.)

Crispien: „Auf dem Parteitag in Halle haben wir nicht den scheinheiligen Crispian gesehen, sondern den Crispian, der sich mit Fäulnis, Lügen und Böshen an die Macht klammert, und der seine Niederträchtigkeit schenkt, um diese Macht zu behalten. ... Von Scheidemann unterrichtet sich Crispian nur dadurch, daß jener blond und dieser dunkelblond ist.“ (S. 23.)

Lebedour: „Dieser Mann ist ein Werkzeug in den Händen der dunkelsten, abscheulichsten, blutdürstigsten Elemente geworden, die unter dem Dache der Rechtsunabhängigen Partei Unterschlupf gefunden haben. ... Viele haben bisher Lebedour einfach für einen alten Hanowurst gehalten. Aber nach allem, was wir geschildert haben, ist es klar, daß er nicht bloß ein Hanowurst, sondern ein blutdürstiger Hanowurst ist.“ (S. 24-25.)

Kosenfeld: „Ein wohlgehaltener Wofol aus der guten alten Zeit mit einem vollen politischen Horizont und einem sehr elastischen, fast gummiartigen Rücken. Gehört war er für die Linken, heute ist er für die rechten Unabhängigen. Gestern war er bereit das Eine zu beweisen, heute wird er bereit sein, mit trübender Stimme genau das Gegenteil zu beweisen. Heute war er bei der Rechten, morgen wird er sich wieder den Linken anschließen, um übermorgen, wenn der Wind umgeschlagen hat, wieder bei den Rechten zu sein.“

In der gleichen Tonart werden Luise Zieg, Lipinski u. a. von Sinowjew geschildert.

Seinen allgemeinen Eindruck über den Parteitag fast Sinowjew dahin zusammen, daß „auf der linken Seite nur Arbeiter saßen, während auf der Rechten die überwiegende Mehrheit aus Intellektuellen bestand“. Im Einklang mit dieser lügenhaften Behauptung erklärt er als das Ergebnis des Parteitages, daß die Arbeiterschaft die Unabhängigen aus ihren Reihen ausgestoßen habe!

So sieht also der Bursche aus, der an der Spitze der dritten Internationale steht. Dieser Lump, der uns beschimpft, um sich, als er polizeiliche Annehmlichkeiten hatte, an uns heranzuschleichen und um unsere Intervention zu bitten, der Lebedour und Kosenfeld nach Halle anbietet, sie in seine Internationale aufzunehmen, beschwindelt und betrügt bewußt die russischen Arbeiter. Er kann das, weil der bolschewistische Terror verhindert, daß die Arbeiter die Wahrheit erfahren. Und so nützt er die Lage zu Schmutzanhäufungen aus, die den Lumpen in der Gesellschaft anständiger Menschen für immer unmöglich machen.

Und nochmals: Das ist der Wortführer der Bolschewiki, das ist der Präsident der dritten Internationale!

Eine Novelle zum Einkommensteuergesetz

Wie die „Dena“ erfährt, ist eine von den Linksparteien angelegte Novelle zum Einkommensteuergesetz in Vorbereitung, durch die das abzugsfähige Einkommen von 1500 M. auf 3000 M. erhöht und die kleinen Einkommen zwischen 10- und 2000 M. weniger stark herangezogen werden sollen, wie bisher. Von zuständiger Stelle wird diese Meldung bestätigt, aber gleichzeitig hinzugefügt, daß die Novelle über das erste Stadium der Vorbereitung noch nicht hinaus ist, und daß es wohl noch geraume Zeit dauern werde, bis sie greifbare Gestalt annimmt.

Die letzte Bemerkung ist kennzeichnend für den Geist unserer Regierung. Sie will anscheinend die unerträglichen Zustände, die die gewaltige Heranziehung der kleinen Einkommen durch die Einkommensteuer gebracht hat, aufrechterhalten, ohne den Mut zu besitzen, das offen einzugestehen. Das aber wird sich die Arbeiterklasse wohl kaum bieten lassen.

Streik der Mühlenbesitzer

Von allen Seiten wird gegen die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides Sturm gelaufen. Die Agrarier werden unterstützt von den Mühlenbesitzern, die dem Schleichhandel größte Botspanndienste leisten und deshalb oft mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Von einem unerhörten Vorgehen gegen die Volksernährung wird jetzt aus Baden berichtet. Die Unterbadische Müllervereinigung hat danach wegen der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Mitglieder beschlossen, vom 1. Dezember ab bis auf weiteres die Mühlen zu schließen. Es wird angekündigt, daß die andern Verbände diesem Vorgehen demnächst folgen werden.

Was geschieht dagegen? Nichts. Allerdings werden jeden Tag neue Aufrufe fabriziert, und Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale strecken sich darüber, daß die Zentrumsgesetzten einen dieser Aufrufe nicht mehr mitunterschreiben haben. Alle diese Aufrufe aber haben nur einen Zweck: sie sollen die Tatsache vertuschen, daß die Interessenten sich in der feinsten Weise an der Allgemeinheit verdingen und die Volksernährung in eine unabsehbare Katastrophe hineintreiben.

Die Verkehrslage im westlichen Kohlengbiet

Die stark verminderte Aufnahmefähigkeit der Wasserstraßen beeinträchtigt weiterhin die Verkehrs- und Betriebslage der Eisenbahn. Auch die Anordnung einer völligen Sperre für andere als Kohlen- und Lebensmitteltransporte hat nur eine geringe Besserung zur Folge gehabt. Immerhin konnte in den letzten Tagen die Sperre in etwas gemildert werden. Eine wesentliche Besserung der Verhältnisse kann erst eintreten, wenn der Rheinwässerstand sich beträchtlich hebt. Unter den geschilderten Umständen erfährt leider auch die Förderung eine wenn auch nur geringe Einbuße. Die Halbenbestände nahmen von 350.539 Tonnen arbeitsfähig auf 411.445 Tonnen, am 27. November, zu. Die Wagengestellung betrug arbeitsfähig 20.417 Wagen gegen 20.151 Wagen in der Vorwoche, die Fehlziffer 5468 gegen 4022 in der Vorwoche. Die Umschlagleistungen in den Duisburger-Ruhrorter Häfen überstiegen mit 10.005 Tonnen die vorwöchige Leistung arbeitsfähig um 700 Tonnen. Der Brennstoffumschlag in den Kanalküsten erreichte im Durchschnitt 18.925 gegen 14.735 Tonnen in der Vorwoche.

Jimmen reißt nach Amerika. Der Leiter des internationalen Gewerkschaftsverbandes, Jimmen, geht im Frühjahr nach Amerika, um die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaftsgegner zu unterstützen.

Ein Gipfelpunkt alldentscher Fälscherkunst

Niemand konnte es für möglich halten, daß irgend ein Blatt die Methoden lignerischer Fälscherverheugung, wie sie die „Deutsche Zeitung“ seit Jahren übt, überbieten könnte. Sie selbst hat den Beweis erbracht, daß sie auf dem Gebiet der Tatsachenerstellung und Fälschung von Nachrichten zu Zwecken der Fälscherverheugung unbegrenzte Fähigkeiten besitzt. Alle ihre früheren Leistungen hat sie durch einen neuen Rekord überboten.

Vor einigen Tagen wurde durch ein Nachrichtenbureau ein Brief der Liga der französischen Frauen an die deutschen Parlamentarierinnen zur Frage des Erlases für das aus den besetzten Gebieten geraubten Rindviehs verbreitet, über den auch wir berichteten. Dieser Brief war ein Appell französischer Mütter an das Mitgefühl deutscher Frauen und Mütter, der zeigen sollte, wie die Milchnot, die dadurch entstanden ist, daß die deutschen Etappenbehörden in skrupellosster Weise den Viehbestand der besetzten Gebiete Frankreichs zerstört und ausgerottet haben, die Gesundheit und das Leben der französischen Kinder und Säuglinge gefährdet. Die „Deutsche Zeitung“ druckt diesen Brief im Wortlaut von der Korrespondenz ab unter der Überschrift: „Die Französischen fordern die 800.000 Milchkuhe“. Schon diese Überschrift ist eine freche Fälschung, denn es heißt in dem Bericht ausdrücklich, es sind somit noch etwas weniger als 800.000 Stück Rindvieh. Es wird also weder eine Forderung ausgesprochen, sondern nur die Tatsache festgestellt, daß Deutschland bisher noch den Rest des geraubten Rindviehs zu liefern hat, noch ist die Rede von 800.000 Milchkuhen, sondern ausdrücklich von 800.000 Stück Rindvieh. Dann beginnt zunächst im Wortlaut der Brief, der ohne jede Veränderung bis zu der Stelle wiedergegeben wird, an der der Appell an das Mitgefühl der deutschen Frauen und die Mitteilung über die Not der französischen Kinder beginnt. Um die Methode der „Deutschen Zeitung“ deutlich zu kennzeichnen, drucken wir nebeneinander den Satz des Briefes, so wie ihn die Korrespondenz verbreitet, ab, und daneben die Form, in der die „Deutsche Zeitung“ diesen wichtigsten Satz des Briefes wiedergibt.

„Wir glauben, daß, wenn die deutschen Frauen die traurigen zerstörten Gebiete Frankreichs besucht hätten, wenn sie dort, so wie wir es getan, die suchtbare Kindersterblichkeit festgestellt hätten, die zum großen Teil auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, selbst für die zartesten Kinder frische Milch zu beschaffen, und auf die Notwendigkeit, diese Kinder in unzureichender und kostspieliger Weise mit kondensierter Milch oder mit Milchpulver zu ernähren, so würden diese Familienmütter nicht versuchen, eine Agitation zu entfalten, um Deutschland an der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu verhindern.“

„Wir glauben, daß, wenn die deutschen Frauen die traurigen zerstörten Gebiete Frankreichs besucht hätten, so würden diese Familienmütter nicht versuchen, eine Agitation zu entfalten, um Deutschland an der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu verhindern.“

Wohlgemerkt, die „Deutsche Zeitung“ hat nicht etwa durch Punkte diese Auslassung als etwa beabsichtigte Kürzung ihrer Lesern kenntlich gemacht, sie hat nicht etwa sonst an dem Brief irgendwelche Kürzungen vorgenommen, obwohl er eine ganze Menge unwesentlicher Stellen enthält, sie hat absichtlich diese wichtigsten Satz fortgelassen, um durch den Sinn des Schreibens in sein Gegenteil zu verkehren. Ohne diesen Satz ist der Brief eine völlig verständliche Annahme der französischen Frauen. Diesen Eindruck wollte die „Deutsche Zeitung“ erzielen. Die deutsche Öffentlichkeit durfte nicht erfahren, daß auch die französischen Kinder unter der Milchnot zu leiden haben und daß es auch in Frankreich eine Säuglingssterblichkeit infolge der Milchnot gibt. Deshalb mußten diese Fälschungen vorgenommen werden. Wie sind begierig, ob die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ den Mut findet, ihren Lesern von dieser ungeheuerlichen Fälschung zum Zwecke der Fälscherverheugung nun nachträglich Kenntnis zu geben und den fortgelassenen Satz nunmehr zum Ausdruck bringen wird.

Eugen Debs über die Aussichten des Sozialismus

Genosse Eugen Debs, der noch immer gefangen gehalten wird und der von der amerikanischen sozialistischen Partei wieder zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt war, hat seinem Rechtstreiter folgende Erklärung zur Veröffentlichung übergeben:

„Zwei einhalb Millionen Stimmen, welche auf meinen Namen und den der Partei abgegeben worden sind, sind der leuchtende Beweis dafür, daß die Wilsonsche Administration nur durch die Arbeiterklasse gestützt worden ist. Die intensive Propaganda der Partei hat also die unwürdige und freizeitschändende Politik, die zu unserem Schaden von der demokratischen Partei angewendet worden ist, begraben.“

Das Schicksal des Wilsonismus ist auf der Friedenskonferenz zu Versailles entschieden worden.

Leider hat das selbe Volk keinen Augen aus den Lehren der Vergangenheit zu ziehen verstanden. Es darf an den heutigen Verhältnissen keinerlei Besserung als Resultat der Wahlen erwarten. Wall-Street's Einfluß auf Harding steht dem auf Wilson nicht nach.

Während der Amtszeit Harding's, so schreie ich, wird die sozialistische Partei wie ein Lorbeer aufblühen und im Jahre 1921 wird der Sozialismus die ganze politische Welt überraschen.“

Die reaktionäre bürgerliche Demokratie. Wie Savas aus Paris meldet, wurde die Unternehmung gegen die Kommunisten, die einer Verhöhnung gegen die innere Sicherheit des Staates beschuldigt worden sind, nach sechsmonatlicher Dauer abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter beschloß, zehn Angeklagte darunter die beiden Mitglieder des Bureau der Dritten Internationale, Konstantin Loris und Souvarine dem Senat zu übergeben, zwölf weitere Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt.

